Ganz, ganz sensibel

Die PDS rechnet mit Übertritten von Bundestagsabgeordneten der Grünen und der SPD. Es gebe etwa zehn Wechselkandidaten.

Als Rote und Grüne noch mit den Dunkelroten flachsten, pflegten PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch und SPD-Generalsekretär Franz Müntefering ein besonderes Geplänkel. Wenn sich der Sozialdemokrat über Linksabweichler in seiner Fraktion ärgerte, bot er diese scherzhaft dem Kollegen von den Postkommunisten an. „Die nehmen wir aber nur mit Rückgabegarantie“, konterte Bartsch gewöhnlich.

Auch der grüne Parteipatriarch Joschka Fischer gab sich in kleiner Runde schon mal großzügig: „Von uns könnt ihr noch ein paar haben. Aber ihr müsst dann auch die richtigen nehmen.“

Jetzt, in Zeiten des Krieges, ist Schluss mit lustig. Der Ernstfall dräut. Mehrere grüne und sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete erwägen offensichtlich einen Wechsel in die PDS-Fraktion. Weitere denken über eine Kandidatur für die SED-Erben bei der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres nach. Bartsch und PDS-Bundestagsfraktionsvize Wolfgang Gehrcke bestätigten am Freitag vergangener Woche gegenüber dem SPIEGEL, was in allen drei Parteien hinter den Kulissen für Unruhe sorgt: In den vergangenen Wochen sondierten mehrere Bundestagsabgeordnete der Regierungskoalition ihre Chancen bei der PDS.

„Es gab entsprechende Gespräche“, sagt Gehrcke, der die PDS gern zum Hort der Kriegsgegner machen möchte. Bartsch freut sich, „dass Leute zu uns wollen“, bestreitet aber jeden Abwerbeversuch durch die PDS. Das sei ein „ganz, ganz sensibler Vorgang“.



Monika Knoche



Renate Rennebach



Edelbert Richter



Steffi Lemke



Klaus Barthel

JÜRGEN EIS; DEUTSCHER BUNDESTAG; ERWIN ELSNER / DPA; ANDREAS SCHOELZEL; DEUTSCHER BUNDESTAG (V. O.)

Mögliche Überläufer
Bei der PDS sondiert?

„Insgeheim fürchten wir alle“, räumt auch ein Mitglied der SPD-Fraktionsführung ein, „dass Leute Richtung PDS gehen könnten.“ Nur auszusprechen traue es sich niemand. Bei manchen, giftet ein grüner Realo mit Blick auf die Linken in seiner Fraktion, „wäre der Schritt nur konsequent“.

Bis zu zehn mögliche Wechselkandidaten gebe es, heißt es in den Parteien. Darunter sind von den Grünen die aus Baden-Württemberg stammende Monika Knoche und Steffi Lemke aus Sachsen-Anhalt; bei den Sozialdemokraten der Thüringer Edelbert Richter, der Bayer Klaus Barthel und die Berlinerin Renate Rennebach. Alle fünf dementieren. Allerdings klingt das nicht bei allen ganz endgültig. Er hoffe immer noch, dass sozialdemokratische Prinzipien weiter in der SPD ihren Platz hätten, meint Richter. Insofern müsse er „im Moment noch nicht über Alternativen nachdenken“.

Besonders kommod ist die Situation aber auch für die PDS nicht. Einerseits könnten vor allem die Überläufer aus dem Westen die Position der PDS in den alten Bundesländern stärken. Andererseits gilt festzustellen, wen tatsächlich die politische Überzeugung zum Wechsel treibt – und wer sich angesichts der Verkleinerung des Bundestags und mangels Chancen in der angestammten Partei lediglich ein sichereres Plätzchen bei der PDS erhofft.

Solche Probleme gibt es bei einem anderen langjährigen SPD-Mitglied nicht. Kaum hatte Rolf Wischnath, Generalsuperintendent in Cottbus und Kriegsgegner, seinen Parteiaustritt angekündigt, wurde er umworben. Stefan Ludwig, stellvertretender PDS-Landeschef von Brandenburg, kann sich den Kirchenmann sogar als Spitzenkandidat bei den nächsten Landtagswahlen vorstellen.

Über die „spannende Option“ (Ludwig) soll schon am 30. November gesprochen werden. Da trifft sich PDS-Chefin Gabi Zimmer mit Wischnath.

Stefan Berg



M. TRIPPEL / IMAGES.DE

Umworbener Kirchenmann Wischnath
„Eine spannende Option“

schen geben wird, die das Recht auf Sitzblockaden wahrnehmen wollen. Das ist auch gut so; das ist auch richtig so“.

Zunächst aber müssen SPD und Grüne den Härtetest bestehen. Nächste Woche treffen sich die Sozialdemokraten in Nürnberg, die Grünen in Rostock zu Parteitagen.

Zumindest in Nürnberg dürfte klar sein: Die Delegierten werden das tun, was Sozialdemokraten in ähnlichen Lagen immer taten: Ja sagen – mit Bauchschmerzen.

Denn wirklich pazifistisch war die SPD noch nie. Wenige Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs etwa tönte der sozialdemokratische Parteivorstand zunächst zwar: „Nieder mit dem Krieg!“ Knapp zwei Wochen später jedoch stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag den von Kaiser Wilhelm II. geforderten Kriegskrediten zu. „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“, hieß die Parole. Nur ein Jahr lang hielt der innerparteiliche Frieden. Dann lehnte die Linke sich auf – und wurde prompt aus der Fraktion ausgeschlossen.

1928 kämpfte die SPD gegen die Modernisierung der Kriegsflotte: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ lautete der Slogan im Reichstagswahlkampf. Nach der Wahl aber gab SPD-Reichskanzler Hermann Müller grünes Licht für den Bau des Kreuzers. Auf dem Parteitag scheiterte die Linke mit dem Versuch, den Ausstieg aus der Regierung beschließen zu lassen.

Für den Frieden und gegen den Krieg zu sein – das war auch nach 1945 in der Opposition leichter als in der Regierung. Die SPD polemisierte in den fünfziger Jahren heftig gegen die von Adenauer betriebene Wiederbewaffnung. Aber ihr Vorsitzender Kurt Schumacher lehnte die Remilitarisierung nicht prinzipiell ab. Er wollte sie nur zu sozialdemokratischen Bedingungen. SPD-Funktionäre engagierten sich derweil in der außerparlamentarischen Friedensbewegung „Kampf dem Atomtod“ und machten bei den Ostermärschen mit.

1959, mit dem Godesberger Programm, das die SPD auf Regierungskurs trimmte, kam die Kehrtwende. Die SPD bekannte sich nicht nur zur Bundeswehr – sie ging auch auf Distanz zu den außerparlamentarischen Friedensfreunden.

Ende der siebziger Jahre drohte die von Helmut Schmidt geführte Bonner SPD/FDP-Koalition an der Raketenrüstung zu zerbrechen. Nur unter Rücktrittsdrohungen schaffte es 1979 die SPD-Führung, den Parteitag in Berlin auf den Nato-Doppelbeschluss zu verpflichten. Die Delegierten stimmten zähneknirschend für die Stationierung amerikanischer Pershings und Cruise Missiles.

Die SPD zahlte einen hohen Preis: Weil sie in der Raketenfrage hart geblieben war, liefen ihr die jungen Wähler davon. Nach Schmidts Ablösung zogen – mit Blumentöpfen in der Hand und einem Frie-